

Schaffhausen, 30. Oktober 2013

Medienmitteilung

Parteiversammlung FDP.Die Liberalen Schaffhausen

Nein zu 1:12

Nein zur SVP Familieninitiative

Ja zur Vignettenpreiserhöhung

An der heutigen Parteiversammlung der FDP.Die Liberalen Schaffhausen sagten die über 40 anwesenden Parteimitglieder **einstimmig NEIN zur 1:12 Initiative** (41 NEIN, 0 JA, keine Enthaltungen), **klar NEIN zur SVP-Familieninitiative** (38 NEIN, 2 JA, 2 Enthaltungen) und **knapp Ja zur Vignettenpreiserhöhung** (18 JA, 17 NEIN, 2 Enthaltungen).

Bei den kantonalen Vorlagen wurde nach eingehender Diskussion die **JA-Parole für die Reduktion des Staatsbeitrags an die Landeskirchen** gefasst (21 JA, 15 NEIN, 1 Enthaltung). **Die Streichung der Subventionen der kieferorthopädischen Behandlungen** in der Schulzahnklinik findet ein **deutliches JA** (40 JA, 0 NEIN, 1 Enthaltung).

Die Reduktion der Beiträge um 400'000 Franken an die Schaffhauser Landeskirchen entspricht einem Kompromissvorschlag. Ursprünglich waren in der Vorlage ESH3 eine Reduktion von 1 Mio. Franken und die Streichung der Indexierung vorgesehen. Aus Sicht der FDP Parteiversammlung sind die zur Abstimmung gelangende Reduktion und die Streichung der Indexierung, welche eine längerfristige Entlastungswirkung hat, vertretbar. Die Parteiversammlung anerkennt ausdrücklich, dass unsere Landeskirchen einen sehr wichtigen Auftrag in unserer Gesellschaft erfüllen und darum vom Kanton weiterhin entsprechend unterstützt werden sollen. Zusammen mit der Streichung der Subventionen der kieferorthopädischen Behandlungen in der Schulzahnklinik (70'000 Franken) resultiert ein Sparbeitrag von 0,47 Mio. Franken. Angesichts der erheblichen finanziellen Herausforderungen der nächsten Jahre sind diese Sparbeiträge nötig und verkraftbar.

Von Links und Rechts drohen schädliche Initiativen, die unternehmerische Freiräume und den Arbeitsmarkt einschränken wollen und den liberalen Werten zuwiderlaufen. Mit ihrer Volksinitiative 1:12 will die Juso ein Lohndiktat vom Staat einführen. Kein Land kennt eine in der Verfassung oder im Gesetz vorgeschriebene Lohnbandbreite für private Unternehmen. Diese extreme Initiative schadet dem Wirtschaftsstandort und gefährdet Arbeitsplätze. 1% der Steuerpflichtigen zahlen in der Schweiz 41% des Steuereinkommens. Eine Annahme der Initiative würde zu hohen Ausfällen bei Steuern und AHV führen, Job-Auslagerungen bewirken und den Druck auf die tieferen Löhne verstärken. 1:12 wäre ein klassisches Eigengoal.

Die SVP-Familieninitiative würde Bund, Kantone und Gemeinden 1.4 Milliarden Franken kosten. Diese Steuerausfälle müssten durch Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Ein berechtigtes Anliegen, die Förderung der Familie, würde zum falschen Zeitpunkt mit falschen Massnahmen angegangen. In einer Phase grosser struktureller Defizite kann sich Schaffhausen keine Familiensubvention in der Höhe von 12 Millionen Franken leisten. Die FDP strebt mit liberalen und finanzierbaren Rahmenbedingungen auf andere Art und Weise ein gutes Nebeneinander von Familie und Beruf an.

Zu diskutieren gab an der Parteiversammlung die gestiegene Mobilität der Bevölkerung und die generell starke Belastung des Nationalstrassennetzes. Schaffhausen würde im Rahmen des neuen Nationalstrassenabgabengesetzes die A4 Schaffhausen-Bargen vom Bund zurücknehmen und dafür die J15 Schaffhausen-Thayngen an den Bund abgeben. Auch wenn dieser Abtausch im Hinblick auf einen zukünftigen Ausbau der Strecke nach Thayngen begrüsst wird, war die Skepsis gegenüber der Vignettenpreiserhöhung und der damit verbundenen Versprechungen gross. Trotz der knappen JA-Parole zur Erhöhung des Vignettenpreises wurde ein Antrag auf Stimmfreigabe abgelehnt.

Kontakte:

Harald Jenny, Präsident, Mobile 079 435 11 80

Brigitta Hinterberger, Geschäftsstellenleiterin, Mobile 079 784 92 86